

Europa kann und muss seinen Beitrag dazu leisten, die globalen Ungleichgewichte zu verringern, welche für die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise mit verantwortlich waren. Hierzu ist es nicht nur erforderlich, den Dialog zwischen Frankreich und Deutschland zu intensivieren (vgl. dfi aktuell 1-2009). Der nebenstehende Beitrag macht konkrete Vorschläge, die die politischen Initiativen ergänzen und unmittelbar umgesetzt werden können. Er ist hervorgegangen aus der Kooperation des dfi mit der Groupe des Belles Feuilles in Paris, einer unabhängigen Reflexionsgruppe, die zu einem breiten Spektrum von Eurothemen arbeitet.

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Wege aus der Krise: Für eine europäische Initiative – Seite 1

dfi service

Europa bewegt oder Europa in Bewegung? 11. Deutsch-Französischer Dialog am 14. und 15. Mai in Otzenhausen – Seite 3

Wege aus der Krise: Für eine europäische Initiative



Quellen: fotolia (2), Digitalstock, Flickr.com

dfi analyse

1. Die Verschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrise erfordert umfassende und europäische Antworten, die dem globalen Charakter der Krise gerecht werden. Seit dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der G20 in Washington scheinen nicht nur konkrete Lösungen, sondern auch neue Formen der wirtschaftlichen Steuerung möglich, die den globalen Herausforderungen entsprechen. Die Europäische Union kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass beim nächsten Schritt am 2. April in London greifbare Fortschritte gemacht werden.

2. Die aktuelle Situation ist durch wirtschaftliche Schwierigkeiten enormen Ausmaßes gekennzeichnet, aber auch durch eine Vertrauenskrise, die die Finanzinstitutionen ebenso wie die Kontrollinstanzen, die öffentlichen Emittenten und die politischen Verantwortlichen betreffen. Zudem muss auf die dramatische soziale Dimension dieser Krise hingewiesen werden.

3. In diesem Zusammenhang kann die Eurozone bzw. Europa allgemein einen besonderen Beitrag leisten:

- a. weil es nicht Hauptverursacher der Krise ist
- b. weil es zu den am stärksten Betroffenen gehört
- c. weil die Eurozone die Vorzüge der Wirtschafts- und Währungsunion und insbesondere den Erfolg des Euro erlebt hat
- d. weil Europa seit 60 Jahren eine einzigartige institutionelle Erfahrung gemeinsamen Handelns besitzt.

4. Die Zeit für eine konzertierte Aktion zugunsten kooperativer und nicht-protektionistischer Lösungen für die Probleme von heute und die wirtschaftlichen Institutionen und Regulierungen von morgen scheint uns gekommen zu sein. Die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Finanzwesen auf der einen Seite und die Verbraucher, Investoren, Sparer sowie alle Bürger auf der anderen Seite brauchen diese konzertierte Aktion, um Vertrauen wiederzugewinnen. Mehr gemeinsames Handeln bedeutet für uns mehr Vertrauen und somit mehr Möglichkeiten für einen wirkungsvollen Aufschwung. Außerdem wird europäische Handlungsfähigkeit

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

umso dringender werden, als die USA nach der politischen Übergangsphase ihre Führungsrolle wiederfinden wird.

5. Die hier präsentierten Feststellungen, Denkanstöße und Vorschläge sind das Ergebnis gemeinsamer Überlegungen deutscher und französischer Akteure. Beiträge von Vertretern anderer EU-Länder zu diesen Überlegungen sind willkommen. Die Unterzeichner geben ihre persönliche Auffassung wieder. Mit ihren Ideen möchten sie Reaktionen hervorrufen und so einen Beitrag zu den Initiativen europäischer Politikerinnen und Politiker zur Bewältigung der Krise leisten. In Ergänzung zu Reformen auf nationaler Ebene möchten sie die europäische und weltweite Wirtschaftsregulierung weiter entwickeln, die angesichts der Globalisierung der Wirtschaften und Gesellschaften unverzichtbar ist.

6. In der jüngeren Vergangenheit hat sich gezeigt, dass zahlreiche Initiativen, die von EU-Mitgliedstaaten im Alleingang lanciert wurden, ohne gemeinsame europäische Perspektive wenig effizient oder gar kontraproduktiv sein können. Eine unzureichende europäische Koordinierung birgt die Gefahr, Rivalitäten und unerwünschte Folgen hervorzurufen, die – auch wenn sie vielleicht zur Lösung kurzfristiger Probleme beitragen – mittel- und langfristig noch schwerwiegendere systemische Probleme verursachen. Die Unterzeichner sind davon überzeugt, dass die aktuelle Krise erneut die dringende Notwendigkeit zeigt, die Fähigkeit der EU zu gemeinsamem Handeln zu stärken. Und zwar sowohl auf der Ebene der einzelnen Politiken als auch auf Ebene der privaten Akteure (Unternehmen, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft). In der gegenwärtigen Lage ist es geboten, das Entstehen einer europäischen Industrie und europäischer Dienstleistungen zu fördern.

7. Es gilt erstens festzuhalten, dass die geltende Finanzregulierung und die Bankenaufsicht sich als unzureichend erwiesen haben. Die Europäer müssen aktiv zur Entstehung einer neuen Regulierung der Finanzmärkte mit langfristiger Zielsetzung beitragen. Dabei sollte das Sparen in Aktienanlagen erleichtert und eine angemessene Bewertung und Vergütung des Risikos sichergestellt werden.

8. Im Bereich der Aufsicht der Finanzmärkte hat die Affäre um den Fonds Luxalpha – einer der europäischen Ausläufer des Madoff-Skandals – die Notwendigkeit bewiesen, die Kontrolle europäischer Fonds zu stärken und den Schutz der Anleger zu harmonisieren. Hier wird deutlich, dass in einem weitgehend harmonisierten Markt nur eine europäische Initiative dieses Ziel errei-

chen kann. Wir unterstützen somit die Idee einer Stärkung der europäischen Dimension der Aufsicht des Finanzsektors. Gegenwärtig ist die Aufsicht auf nationaler Ebene noch zu segmentiert. Es muss möglich sein, sich an der dezentralisierten aber föderierten Struktur zu inspirieren, die in der Geldpolitik mit dem Eurosystem eingerichtet wurde, damit die nationalen Aufsichtsbehörden ebenso effizient kooperieren. Besonders im Hinblick auf Banken und Versicherungen hat die Krise auch den Nutzen der Nähe zwischen ihren Aufsichtsbehörden und den Zentralbanken gezeigt: Diese Nähe kann auf europäischer Ebene durch eine Anbindung des Komitees der europäischen Bankenaufsichter (CEBS) und des Ausschusses für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (CEIOPS) an die Europäische Zentralbank erreicht werden. Beide Komitees würden hierdurch gestärkt.

9. Zweitens unterstützen wir den Vorschlag von Bundeskanzlerin Merkel, einen UN-Wirtschaftsrat zu schaffen, der Regulierungsaufgaben übernehmen und eine Charta des nachhaltigen Wirtschaftens erarbeiten soll. Zu seinen Hauptaufgaben sollte die Nachverfolgung und Vorbeugung der globalen Ungleichgewichte gehören, welche die Auslösung der aktuellen Krise mitbefördert haben. Der neue UN-Rat sollte auch die Möglichkeit haben, finanzielle Sanktionen gegen diejenigen Staaten zu erheben, welche nicht die neuen Aufsichtsregeln beachtet haben, die dann im Finanzsektor zur Anwendung kommen. Ebenso könnte er zur Entstehung dieser neuen Aufsichtsregeln im Finanzsektor beitragen. Wir wissen heute, wie wichtig es ist, die internationalen Standards der Rechnungslegung zu überarbeiten, insbesondere um die Eigenkapital-Stärkung der Banken zu ermöglichen und um die Wahrnehmung der Akkumulierung der Finanzrisiken auf globaler Ebene zu verbessern.

10. Dieser UN-Wirtschaftsrat, dessen Zusammensetzung sich an den aktuellen G20-Staaten orientieren kann, sollte sich in Fragen der Finanzregulierung auf das Finanzielle Stabilitätsforum (FSF) stützen, für Analysen und makroökonomische Eingriffe auf den Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie auf die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), wo der Dialog zwischen den großen Zentralbanken stattfindet. Hervorzuheben sind die wegweisenden Arbeiten des FSF und des IWF über die Schädlichkeit der Offshore-Finanzzentren („Steuerparadiese“): hier könnte sich der zukünftige UN-Wirtschaftsrat an vorderster Front für ein entschiedenes Vorgehen positionieren. Dabei ist es wichtig, dass innerhalb des UN-Wirtschaftsrates die Eurozone gemeinsam auftritt; die Eurogruppe spielt hier eine verantwortungsvolle Rolle.

11. Drittens rufen wir zur Verabschiedung großer transeuropäischer Infrastrukturprogramme innerhalb der nächsten 6 Monate auf. Jenseits der sowie in Ergänzung zu den nationalen Projekten werden diese Programme (von denen es bereits Aufstellungen gibt) das Bewusstsein der Europäer ihrer gemeinsamen Interessen zum Ausdruck bringen. Sie können die Hochgeschwindigkeitsnetze in der Telekommunikation betreffen, die Schifffahrt, den Hochgeschwindigkeits-Schienntransport oder die Energieversorgung. Sie sollten sich in das kürzlich verabschiedete Energie- und Klimapakett einfügen, insbesondere in das Kapitel Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Sie können sowohl die Modernisierung bestehender, oft veralteter Infrastrukturen betreffen, als auch die beschleunigte Fertigstellung neuer Projekte.

12. Um dieses Infrastrukturprogramm zu finanzieren, schlagen wir die Ausgabe spezifischer Euro-Obligationen vor. Diese Obligationen könnten die ersten sein, die von einer zu schaffenden Europäischen Schuldenagentur ausgegeben würden. In diesem Sinne unterstützen wir die jüngsten Vorschläge von Premierminister Jean-Claude Juncker und empfehlen, dass sie zu Beginn – und im Verbund mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) – für die genannten europäischen Infrastrukturprojekte aufgewendet werden. Alle europäischen Länder haben ein Interesse an einer engeren Abstimmung ihrer Interventionen auf dem öffentlichen Anleihemarkt.

13. Europa kann und muss seinen Beitrag zur Verringerung der globalen Ungleichgewichte leisten, welche für die Krise mitverantwortlich waren. Wir haben eine Währung geschaffen, die die zweitgrößte der Welt geworden ist. Damit die Wirtschaft der Eurozone dauerhaft stabil und zahlungskräftig bleibt, wird sie Kapital anziehen und attraktive Rendite gewährleisten müssen. Die Attraktivität der Eurozone wird auch von der Stabilität ihres Finanzsystems und der Dynamik der internen Nachfrage abhängen. Von daher ist es umso erforderlicher, in transeuropäische Infrastrukturen zu investieren und – allgemeiner – in diejenigen Sektoren, die der jungen Generation eine Perspektive bieten, wie Forschung und Innovation.

14. Schließlich dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass die EU mehr denn je die Unterstützung der Bürger braucht. Das Jahr der Europawahlen 2009 muss auch dazu genutzt werden, die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns bewusst zu machen. Wir halten es für entscheidend, dass die großen politischen Parteien diese Ideen in ihre Parteiprogramme aufnehmen. Wir hoffen auch, dass die tschechischen und irischen Politiker, die den Lissabonner Vertrag

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

dem Parlament bzw. dem Volk zur Ratifizierung vorlegen, engagiert den Bürgern die globalen Herausforderungen erklären, vor denen ihre Länder stehen.

15. Dieses Bewusstsein kann durch die Krise gestärkt werden. Europa wird nach der Ratifizierung seine gemeinsame Gestaltungskraft wiedererlangen und dabei über effizientere Instrumente verfügen, um den Weg zur Einheit, zum Frieden und zum erneuerten Wohlstand weiter zu verfolgen.

Die Autoren

Der Text wurde persönlich verfasst von Philippe Bonzom, Volkswirt, Jean-Christophe Boulanger, Direktor eines europäischen Mediums, Ekkehard Ernst, Volkswirt, Benoît Guillemot, Consultant, Paul Jaeger, Consultant, Juan de Liedekerke, Finanzberater, Marcel de La Haye, Politologe, Sébastien Loubry, Finanzberater, Thomas Mostert, Bankdirektor, Oliver Nass, Unternehmer, Grégoire Postel-Vinay, Ingénieur général des mines, Wolfram Vogel, Politologe, Philippe Ward, Bankdirektor, und Jean Winckler, Mitarbeiter eines Ministerialkabinetts (Kooperation zwischen der Groupe des Belles Feuilles in Paris und dem Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg). 2008 veröffentlichte die GBF den Artikel „Eurozone: Stärkung der Währungsunion“, der konkrete Vorschläge für eine neue ‚Governance‘ der Eurozone und die Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken durch die Eurogruppe erarbeitete – unter Berücksichtigung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank.

☛ <http://www.groupedesbellesfeuilles.eu>

Europa bewegt oder Bewegung in Europa? (Gesellschafts-)Entwürfe in und für Europa

11. Deutsch-Französischer Dialog – Europa weiter denken. Am 14. und 15. Mai in der Europäischen Akademie Otzenhausen.

Wir laden Sie herzlich ein, sich an den Diskussionen um die Herausforderungen, denen sich Europa gegenüber sieht, aktiv zu beteiligen. Ob Georgienkrieg, Gaskonflikt und Energiesicherheit, Finanzkrise oder Naher Osten – die Europäische Union muss reagieren. Die außen- und sicherheitspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen sowie die damit verbundenen institutionellen und kulturellen Herausforderungen sind gewaltig und können nur im europäischen Rahmen bewältigt werden.

Auf den Podien im Plenum und in den 4 Arbeitsgruppen werden folgende Fragestellungen behandelt: Was erwarten Europas Bürger von der Europäischen Union? Welches Europa wollen Jung und Alt? Welche Rolle soll die Europäische

Union in der Welt spielen? Und welche bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise? Welche Gesellschaftsmodelle streben wir an? Welches politische Europa wollen wir? Sind die Zukunftsentwürfe von und für Europa, die verschiedene Generationen haben, kompatibel? Was erwarten Nicht-Europäer von Europa?

Der „Deutsch-Französische Dialog – Europa weiter denken“ möchte einen Beitrag zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit leisten und damit im Europawahljahr ein Zeichen setzen.

Anmeldung:

ASKO EUROPA-STIFTUNG

Pestelstr. 2

66119 Saarbrücken

E-mail: ☛ dfd@asko-europa-stiftung.de

web: ☛ www.asko-europa-stiftung.de

Tel.: +49 (0)681 92674-15

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50
☛ www.dfi.de
☛ info@dfi.de
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner

dfi

Deutsch-Französisches Institut

Für die Leitung seiner Bibliothek und Dokumentation sucht das dfi ab 1.7.2009 eine/n kommunikationsgeübte/n

Wiss. Mitarbeiter/in (TVöD 13)

Voraussetzungen: Hochschulabschluss in einer sozialwissenschaftlichen Disziplin; bibliothekarische Ausbildung oder einschlägige Berufserfahrung; sehr gute Kenntnisse der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse Frankreichs; Erfahrung bei der Konzeption und Umsetzung IT-basierter Bibliotheksdienstleistungen (z.B. Portale); Erfahrung in Öffentlichkeitsarbeit; Sprachen: D, F, E.

Aufgaben: Koordinierung bibliothekarischer und dokumentarischer Aufgaben; Pflege der Außenbeziehungen; Weiterentwicklung von Dienstleistungen; Öffentlichkeitsarbeit; Projektmanagement; Personalverantwortung.

Bewerbungen bis 15.4.2009 an das Deutsch-Französische Institut, Asperger Str. 34, 71634 Ludwigsburg.